

# Kooperation der Eltern ist zentral

*Oft fällt es zuerst in der Schule auf, wenn Kinder oder Jugendliche in Schwierigkeiten stecken. Ein Forschungsprojekt des Departements Soziale Arbeit untersucht, unter welchen Umständen sich Schulen an die Behörden wenden.*

Die zehnjährige Muriel lebt mit ihrer Mutter und der zweijährigen Halbschwester in einem Einfamilienhaus. Im Unterricht war sie bis vor einigen Monaten sehr interessiert und zuverlässig. Nun nehmen ihre Leistungen drastisch ab. Sie schläft am Pult ein und ist immer wieder in Streitereien verwickelt. Ihrem Lehrer fällt ihr verändertes Verhalten auf. Er sucht das Gespräch mit ihrer Mutter und erfährt, dass sie als Leiterin einer Stiftung arbeitet und viel unterwegs ist. Während dieser Zeit muss Muriel auf ihre jüngere Halbschwester aufpassen. Der Vater der Halbschwester lebt in der Nachbargemeinde. Er terrorisiert die Familie mit Anrufen.

Anhand eines ähnlichen Fallbeispiels untersuchte Andreas Jud, Projektleiter und Dozent am Institut Sozialarbeit &

**«Die ausgearbeiteten Ziele müssen in einem gewissen Zeitrahmen erreicht werden.»**

Andreas Jud, Projektleiter und Dozent, Hochschule Luzern

Recht der Hochschule Luzern, welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit einer Gefährdungsmeldung erhöhen. 594 Schulleiter, Schulsozialarbeitende und

Schulpsychologinnen aus den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, St. Gallen, Bern, Schaffhausen und Solothurn beteiligten sich an einer Online-Befragung. Dabei stellte Andreas Jud fest: «Die elterliche Kooperation ist wegweisend, wie die schulischen Fachkräfte mit dem Fall weiterverfahren.» Wenn Muriels Mutter etwa fordert, man solle sich aus ihren familiären Angelegenheiten heraushalten, wird eher eine Gefährdungsmeldung an die Kinderschutzbehörde in Erwägung gezogen. Gibt sich die Mutter einsichtig und verspricht zum Beispiel, einen Platz in der Kita für ihre jüngste Tochter zu organisieren, sieht die Lehrperson eher von einer Gefährdungsmeldung ab.

## Keine leeren Versprechungen

Solange Eltern kooperieren, ist die Gefährdungsmeldung für schulische Fachkräfte die «Ultima Ratio». «Doch Kooperation ist nicht gleich Kooperation», beobachtet Andreas Jud. «Es darf nicht nur leere Versprechungen geben.» Mütter und Väter müssten sich ernsthaft bemühen, die mit ihrem Kind ausgearbeiteten Ziele in einem gewissen Zeitrahmen zu erreichen. Die Realität ist allerdings, dass Lehrpersonen oder Sozialarbeitende jahrelang kooperieren und von einer Meldung absehen, obwohl sich die Situation kaum verbessert.

Diese Erkenntnis schimmert laut Jud in allen Teilstudien des Forschungsprojekts durch. Nebst der Online-Befragung führte er Interviews mit 24 Schulleitern, -sozialarbeitenden sowie -psychologinnen in der Deutschschweiz durch. Zudem wurden 232 neue Fälle von festgestellten Gefährdungssituationen bei Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf ihren Status untersucht. 130 von ihnen wurden an die Kinderschutzbehörde weitergeleitet. «Eine Meldung erfolgt erst bei ernstlichen Gefährdungen, wenn der Schutz des Kindes nicht mehr ausreichend mit Massnahmen im schulischen Umfeld gewährleistet werden

**«Es gibt keinen goldenen Weg, und es wird nie einen geben.»**

Andreas Jud, Projektleiter und Dozent, Hochschule Luzern

kann», sagt Andreas Jud. Besondere Umstände liegen vor, wenn der Verdacht auf sexuellen Missbrauch, körperliche Misshandlung oder Suizidgefahr besteht. Dann liegt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Meldung an die Behörde ergeht, dreimal höher.

## Sozioökonomischer Status der Eltern beeinflusst den Entscheid

Ebenfalls untersucht wurde, welchen Einfluss der sozioökonomische Status der Familie auf das Handeln der Lehrkräfte hat. So wurde ihnen das Beispiel der Schülerin Muriel in zwei Szenarien vorgelegt. Eine Hälfte der Befragten musste sich überlegen, wie sie vorgehen würde, wenn die Mutter Leiterin einer Stiftung wäre, bei der anderen Hälfte war sie als Fliessbandarbeiterin in der örtlichen Fabrik angestellt. Das Resultat: Ist die Mutter eine einfache Arbeiterin, würde die gleiche Situation eher zu einer Meldung führen. Es ist möglich, dass hier Vorurteile gegenüber sozial Schwächeren eine Rolle spielen. Auf der anderen Seite zeigten verschiedene Stu-

dien aber auch, dass es bei Familien mit tiefem sozioökonomischem Status zu Hause vermehrt zu Stresssituationen komme, erläutert Andreas Jud. «Wenn das Geld fehlt, die Wohnverhältnisse eng und die Eltern mit den Kindern überfordert sind, belastet dies ein Kind enorm und drückt in seinem Verhalten durch.» Die Entscheidung für oder gegen eine

Gefährdungsmeldung gestaltet sich für Schulen und schulische Dienste in jedem Fall herausfordernd. Andreas Jud: «Es gibt keinen goldenen Weg, und es wird nie einen geben. Diese Studie soll Lehrpersonen helfen, ihr Bewusstsein zu schärfen und die elterliche Kooperation stets kritisch zu hinterfragen.»

Denise Krummenacher



Foto: fotofinder / allesalltag.de

**Solange die Eltern kooperieren, ist die Gefährdungsmeldung für die schulischen Fachkräfte der letztmögliche Weg.**

**«Die Zahl der Gefährdungsmeldungen wird steigen»**

**Sie untersuchten den Umgang mit Gefährdungsmeldungen von Schulen mit und ohne Sozialarbeit. Stellten Sie Unterschiede fest?**

Andreas Jud: Ja. Die Schulsozialarbeit steigert die Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler. Daher deckt sie Fälle auf, die sonst im Dunkeln bleiben würden.

**Bedeutet mehr Gefährdungssituationen an Schulen mit Sozialarbeit automatisch mehr Meldungen an die Behörden?**

Nein, es gibt hier keine Unterschiede zwischen Schulen mit oder ohne Schulsozialarbeit. Aus der grösseren Zahl der Fälle bei Schulen mit Sozialarbeit gehen nicht automatisch mehr Meldungen hervor, weil diese – und das ist eine ihrer Kernaufgaben – verschiedene, unterstützende Massnahmen im schulischen Alltag ergreifen, welche die Klassenlehrperson entlasten und eine prekäre Situation entschärfen können.

**Mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sind die Behörden nicht mehr auf Gemeinde-, sondern auf regionaler Ebene angesiedelt.**

**Wie wirkt sich das aus?**

Auf einer regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sind mehrere Fachpersonen vereint. Ich vermute, dass Schulen und schulische Dienste den neuen Strukturen mehr vertrauen – dies auch, weil die Ansprechpersonen dem persönlichen Umfeld nicht mehr so nah sind. Ich nehme an, dass die Anzahl der Gefährdungsmeldungen steigen wird.